

**Totalrevision der Postgesetzgebung:
Postorganisationsgesetz**

**Vernehmlassung
Zusammenfassung der Ergebnisse**

Bern, im Oktober 2008

1 Allgemeines

Mit Beschluss vom 27. Februar 2008 hat der Bundesrat Kenntnis genommen vom Entwurf eines neuen Postgesetzes und eines neuen Postorganisationsgesetzes und das Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation beauftragt, die Vernehmlassung durchzuführen. Die Eröffnung der Vernehmlassung erfolgte am 18. März 2008. Die interessierten Kreise hatten bis zum 16. Juni 2008 Gelegenheit, zu den Entwürfen Stellung zu nehmen. In diesem Bericht werden alle bis zum 1. Juli 2008 eingegangenen Stellungnahmen zum POG berücksichtigt.

An der Vernehmlassung beteiligten sich 26 Kantone (+ Konferenz der Kantonsregierungen), 8 politische Parteien, 3 Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete, 7 Spitzenverbände, 21 Branchenverbände, -vertreter und Marktteilnehmende, 3 Behördenstellen sowie 81 weitere Organisationen und Verbände. Insgesamt gingen 147 Stellungnahmen ein.

2 Übersicht über die Vernehmlassungsteilnehmenden

		Adressaten	Keine Stellungnahme	Stellungnahme
1	Kantone und Konferenz der Kantonsregierungen	27	0	27
2	Parteien	13	5	8
3	Dachverbände der Gemeinde, Städte und Berggebiete	3	0	3
4	Dachverbände der Wirtschaft	8	1	7
5	Diverse	9	0	21
	Subtotal	60	6	66
6	Spontanteilnahme			81
	Total			147

3 Überblick über die Resultate der Vernehmlassung zum E-POG

Der Entwurf des Bundesrates zur Totalrevision des Postorganisationsgesetzes (POG; SR 783.1) wird von den Teilnehmenden der Vernehmlassung grossmehrheitlich positiv aufgenommen. Insbesondere die drei Kernpunkte der Vorlage, die Umwandlung der Schweizerischen Post in eine Aktiengesellschaft, die Überführung des Postpersonals in das OR sowie die Festlegung des Tätigkeitsbereiches der Post werden von einer grossen Mehrheit befürwortet.

Die spezialgesetzliche Aktiengesellschaft erhält dabei mehr Unterstützung als die privatrechtliche AG. Die Zustimmung zum Wechsel der Anstellungsverhältnisse ins Privatrecht wird mit dem vielseitigen Wunsch verbunden, den Abschluss eines GAV allenfalls sogar für die gesamte Branche sicherzustellen. Verschiedene Teilnehmende, darunter **Kantone**, die **linken Parteien** sowie die **Gewerkschaften**, sprechen sich zudem dafür aus, dass die Post künftig weitergehende Finanzdienstleistungen im Sinne einer "Postbank" anbieten dürfe.

4 Antworten auf den Fragekatalog

4.1 Frage 10: Sind sie mit der vorgesehenen Organisationsform der Post (spezialgesetzliche Aktiengesellschaft) einverstanden oder bevorzugen Sie die Umwandlung in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft?

Eine grosse Mehrheit der Teilnehmenden (**35**) spricht sich für die Umwandlung der Post in eine spezialgesetzliche Aktiengesellschaft aus. **13** Vernehmlasser bevorzugen hingegen eine privatrechtliche AG, **12** wiederum plädieren für den Verbleib der Post als öffentlich-rechtliche Anstalt.

4.1.1 Befürworter der spezialgesetzlichen AG

Die spezialgesetzliche Aktiengesellschaft wird mehrheitlich als die geeignete Rechtsform empfunden, um den spezifischen Bedürfnissen des Bundes Rechnung zu tragen und gleichzeitig der Post den angemessenen Handlungsspielraum zuzugestehen. Unter den Befürwortern findet sich eine grosse Mehrheit der **Kantone**. Diese erwarten, dass die Gesellschaftsform die notwendigen Steuerungs- und Informationsbedürfnisse des Bundes sicherstellt. Obwohl einige Kantone (**AI, OW, AG, SO**) in einem vollständig geöffneten Markt eine privatrechtliche AG bevorzugen würden, scheint das Argument der politischen Akzeptanz dieser Rechtsform zu überwiegen. Von den **Parteien** sprechen sich **CVP, EVP** und **LPS** und **CSP** für eine spezialgesetzliche AG aus. Auch die **SAB** unterstützt die Umwandlung in eine spezialgesetzliche AG mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes, um der Post gleich lange Spiesse im Wettbewerb zuzugestehen. Auch unter den **Dachverbänden der Wirtschaft** kann sich eine Mehrheit grundsätzlich einverstanden erklären mit einer spezialgesetzlichen AG (**Travail Suisse, SGB, SwissBanking, SBV, Transfair, SGV, FER, Centre patronal**). Auch wenn teilweise die Anstalt oder die privatrechtliche AG als wünschenswert bezeichnet wird, so überwiegt die Einsicht, dass die spezialgesetzliche AG eine hohe politische Akzeptanz geniesst. Auch das **Konsumenten Forum** unterstützt eine spezialgesetzliche AG. Als weiterer Grund für den Rechtsformwechsel wird die Gleichstellung der Marktteilnehmenden, resp. die Herstellung gleichlanger Spiesse (**AI, VS, GR, SZ, GL, BL, SAB, Schweizer Presse, SwissBanking**) vor allem bei der Steuerpflicht (**ZG, KEP**) genannt. Die Mehrheitsbeteiligung des Bundes an der spezialgesetzlichen Aktiengesellschaft ist grossmehrheitlich unbestritten, resp. wird als wichtige Voraussetzung für die Zustimmung zur Umwandlung der Organisationsform genannt. Einzig **SwissBanking** sowie der **SGV** schlagen vor, den Weg zu einer möglichst vollständigen Privatisierung der Post offen zu halten.

4.1.2 Befürworter der privatrechtlichen AG

Als Befürworter der privatrechtlichen AG finden sich unter den Parteien die **FDP** und die **SVP**. Ebenso spricht sich **economiesuisse** ausdrücklich für eine privatrechtliche AG aus. Auch die **Post** selbst bevorzugt eine privatrechtliche AG, da dies im vollständig geöffneten Markt die passende Rechtsform sei und den europäischen Entwicklungen entspreche. Die **Branchenvertreter und Brancheverbände** sprechen sich mehrheitlich für eine privatrechtliche AG aus (**SDV, ZPK, Schweizer Presse**); aus ihrer Sicht ist vor allem die Gleichstellung der Post, insbesondere bei der Steuerpflicht, ein wichtiges Anliegen.

4.1.3 Befürworter einer Anstalt

Eine Minderheit der Teilnehmenden spricht sich für die Beibehaltung der Anstalt aus. Keinen Handlungsbedarf sehen die **SP** und die **Grünen**. Sie verneinen einen zusätzlichen Kapitalbedarf und sind der Ansicht, eine Anstalt biete alle notwendigen Handlungsspielräume, welche die Post brauche. Auch der **Gemeindeverband** will die Anstalt beibehalten. Für den Verbleib als Anstalt sind ebenfalls **GEKO** und **SGB**. **GEKO** befürchtet, dass die Umwandlung in eine AG und die Öffnung des Kapitals mit einem Kontrollverlust des

Bundes verbunden ist und damit auch die Qualität der Grundversorgung riskiert werde. Auch der **Verein Postagenturen** plädiert für den Verbleib bei einer Anstalt. Von den **Konsumentenverbänden** äussern sich **SKS** und **FRC** für die Beibehaltung der Anstalt, da sie die AG als Türöffner für eine Privatisierung betrachten.

4.2 Frage 11: Sind Sie mit der Unterstellung der Arbeitsverhältnisse der Post unter das Obligationenrecht einverstanden?

Grundsätzlich spricht sich eine grosse Mehrheit (**32**) für die Herauslösung des Postpersonals aus dem Bundespersonalgesetz aus. **10** Teilnehmende sprechen sich für den Verbleib im Bundespersonalrecht aus. **9** Teilnehmende sind nur unter der Bedingung, dass es zu einem GAV-Abschluss kommt, mit dem Wechsel ins OR einverstanden.

4.2.1 Befürworter der OR-Unterstellung

Die **Kantone** sind überwiegend für die Unterstellung der Arbeitsverhältnisse unter das OR. Keiner der Kantone äussert sich ausdrücklich gegen diesen Vorschlag. Von den **Parteien** äussern sich **CVP, FDP, SVP, CSP, EVP** und **LPS** für den Übergang zum OR. Die **SAB** erachtet den Wechsel zum OR als folgerichtig, jedoch mit Arbeitsbedingungen, welche einem Betrieb mit öffentlichen Aufgaben würdig sind. Von den **Dachverbänden der Wirtschaft** sprechen sich **economiesuisse, SGV, SwissBanking, SBV, FER** und **Centre patronal** ebenfalls für einen Wechsel zum OR aus. **Transfair** und **Travail Suisse** sind nur unter der Bedingung, dass es zu einem GAV-Abschluss auf dem Niveau der Post kommt, dafür. Die **Branchenvertreter** und **Branchenverbände** sprechen sich ebenfalls mehrheitlich für den Vorschlag des Bundesrates aus: **KEP, Schweizer Presse, ZPK** und **SDV**. Und auch die **Post** selber erklärt sich damit einverstanden.

Die Anstellung nach Obligationenrecht wird im Kontext der weiteren Marktöffnung und der Tatsache, dass die Post dann vollständig im Wettbewerb stehen wird, als folgerichtig bezeichnet. Wichtig scheint aber in diesem Zusammenhang für viele Vernehmlassungsteilnehmende, dass flankierende Massnahmen zur Sicherstellung guter Arbeitsbedingungen bei der Post ergriffen werden. So soll die Post verpflichtet werden, GAV-Verhandlungen zu führen (**ZG, GR, SZ, LU, Arbeitgeberverband, Konsumenten Forum, Schweizer Presse**), einen solchen abzuschliessen (**GEKO, JU, SH, BS, VS, SGB**) oder ein Branchen-GAV soll angestrebt werden (**Transfair, SO, Centre Patronal, Travail Suisse, SGB, SKS, EVP, VD, VS, TI**).

4.2.2 Gegner der OR-Unterstellung

Grundsätzlich ablehnend stehen **GEKO, SGB, Autonome Pöstlergewerkschaft, vpod** dem bundesrätlichen Vorschlag gegenüber. **GEKO** ist der Ansicht, dass es sich die Post aufgrund ihrer Grösse leisten kann, Arbeitsbedingungen anzubieten, welche über dem Durchschnitt der Branche liegen. Auch die **Grünen** und **SP** sprechen sich dagegen aus. Die **SP** ist der Ansicht, dass damit insbesondere die Arbeitsplätze von weniger qualifiziertem Personal und solche in den Randregionen unter Druck geraten.

4.3 Frage 12: Sind Sie mit der Formulierung des Zweckartikels (Art. 3 E-POG) einverstanden (Beschränkung auf die heutigen Tätigkeiten insbesondere im Bereich Finanztätigkeit der Post)?

Der Entwurf des Bundesrates sieht vor, dass die Post auch künftig Postdienste im In- und Ausland, Zahlungsverkehrs- und Personenbeförderungsdienste sowie damit zusammenhängende Produkte und Dienstleistungen anbietet. Sie soll im Rahmen der üblichen Nutzung der Infrastruktur auch Dienstleistungen im Auftrag Dritter anbieten können. Mit dieser allgemein gefassten Zweckumschreibung will man der Unternehmung den notwendigen Handlungsspielraum öffnen, sie entspricht dem Umfang der heutigen Tätigkeit. Ins-

besondere wurde auf eine Erweiterung der Finanztätigkeit auf den Bereich Kredite und Hypotheken verzichtet.

Die Vernehmlassungsteilnehmenden erklären sich grossmehrheitlich (**29**) einverstanden mit den Vorschlägen des Bundesrates. Einige verlangen eine weitergefasste Formulierung (**10**) und **2** Teilnehmende verlangen eine Einschränkung im Vergleich zu heute (**SVP, Autonome Pöstlergewerkschaft**). Diverse Äusserungen gingen auch zum Thema der Finanztätigkeit der Post resp. einer Postbank ein.

4.3.1 Befürworter des Zweckartikels gemäss Vorschlag Bundesrat

Die Befürworter des bundesrätlichen Vorschlages unterstützen eine offene Formulierung mit der Begründung, dass der Post in einem vollständig geöffneten Markt die entsprechenden unternehmerischen Handlungsspielräume zu gewähren sind. Die **Kantone** sind grossmehrheitlich einverstanden mit der Zweckformulierung. Auch die **Parteien** sind einverstanden mit dem bundesrätlichen Vorschlag. Von den **Dachverbänden der Wirtschaft** erklärt sich der **SGB** ausdrücklich einverstanden mit dem vorgeschlagenen Umfang der Tätigkeit der Post, ebenfalls positiv äussert sich der **SAB** zum Vorschlag des Bundesrates. Die **Konsumentenverbände** sind alle drei einverstanden mit dem Tätigkeitsbereich der Post (**SKS, FRC** und **KF**). Auch in den **Branchenverbänden** und bei den **Branchenvertretern** herrscht grundsätzlich Zustimmung zum Vorschlag des Bundesrates (**SDV, Schweizer Presse, KEP** und **ZPK**).

4.3.2 Andere Meinungen

Zu eng ist die Formulierung des Zweckartikels nach Ansicht von **NW, GL, SO** und **AR**. Die Post sei auf sich stark ändernden Märkten tätig und deshalb müsse sie genügend Freiheit erhalten, um sich weiterzuentwickeln und zukünftige Herausforderungen mitzugestalten. Auch **Transfair, Travail Suisse** und die **FER** sprechen sich grundsätzlich für eine weitere Formulierung aus. Die **Post** selbst verlangt ebenfalls eine offene Formulierung des Unternehmenszwecks, welche es ihr erlaubt, sich in den wandelnden Handels-, Kommunikations-, Daten-, E-Business- und Finanzdienstleistungsmärkten anzupassen.

Die **SVP** verlangt, dass der Post die Drittgeschäfte (Dienste der Papeterie, Transportdienste mit nichtpostalischem Charakter oder Dienste von Kiosken) künftig untersagt werden sollen und setzt sich damit für eine engere Formulierung des Artikel 3 E-POG aus. Die **Autonome Pöstlergewerkschaft** will, dass sich die Post nur auf die Inlandgeschäfte konzentriert.

Für einen Ausbau der Finanztätigkeit zur Postbank sprechen sich ausdrücklich **NW, GL, SO, ZH, BS** und **BE** aus. Für eine umfassende Bankentätigkeit sprechen sich auch die **SP** und die **Grünen** aus. **Transfair, Travail Suisse, SBV, SGB** und **GEKO** sind ebenfalls für einen Ausbau zur Postbank. Auch die **SAB** ist für einen Ausbau der Finanztätigkeit. Dies würde auch vom **Gemeindeverband** unterstützt. Zwei der **Konsumentenverbände** (**SKS** und **FRC**) äussern sich zudem positiv zu einer Bankentätigkeit der Post. **Post** und **SRO** sprechen sich ebenfalls für eine Zulassung der Bankentätigkeit aus.

Gegen eine Postbank hingegen votieren **GR, LU, SH, AI, VD** und **TI**. Explizit dagegen äussern sich auch **FDP** und **CVP** sowie **Economiesuisse, SwissBanking, SGV** und das **Centre patronal**. Die Vertreter der Finanzmarktbranche äussern sich unisono gegen eine Ausweitung der Finanztätigkeit der Post unter den heutigen Voraussetzungen (**RBA, Raiffeisen, Verband Schweizerischer Kantonalbanken**). **SwissBanking** will verhindern, dass sich die Post frei in Geschäftstätigkeiten einnisten kann, welche bisher abgelehnt worden sind, die Finanztätigkeit soll auf die Nennung der Bareinzahlungsgeschäfte beschränkt werden. Der **Verband der schweizerischen Kantonalbanken** stellt in Frage, ob die Zahlungsverkehrstätigkeiten überhaupt Teil des Unternehmenszwecks der Post sein sollten, und verlangt zumindest eine Einschränkung der Tätigkeit auf den Barzahlungsverkehr.

5 Zu den einzelnen Artikeln

5.1 Artikel 2 Rechtsform und Firma

Der Kanton **GR** beantragt, dass der Handelsregister-Eintrag der Schweizerischen Post in allen vier Landessprachen erfolgt.

5.2 Artikel 4 Betriebsorganisation

Der Kanton **FR** schlägt vor, die Verpflichtung der Post, bei ihrer Organisation den Anliegen der verschiedenen Regionen des Landes Rechnung zu tragen, zu ergänzen, so dass insbesondere die Anliegen der Randregionen zu berücksichtigen seien.

Die **SVP** hingegen spricht sich für eine Streichung dieses Artikels aus, da diese Fest-schreibung in einem geöffneten Markt zu einschränkend sei.

5.3 Artikel 5 Eignerstrategie

Die **Post** verlangt, dass die Verbindlichkeitserklärung der strategischen Ziele gestrichen wird. Sie bezeichnet es als widersprüchlich, wenn der Bundesrat ein starke Steuerung und Führung beansprucht, gleichzeitig jedoch die Übernahme von Verantwortung ablehnt. Die Verankerung der strategischen Ziele solle vielmehr, analog zur Regelung im Unter-nehmensgesetz der Swisscom (TUG; SR 784.11), in Artikel 8 erfolgen (vgl. unten zu Art. 8).

Die **SVP** möchte, dass der Einbezug des Parlamentes beim Erlass der Eignerstrategie im Gesetz festgehalten werde.

5.4 Artikel 8 Aktionärskreis

Die **Post** schlägt vor, im Zusammenhang mit ihrem Vorschlag zur Streichung von Artikel 5, in Artikel 8 einerseits das Verfahren zum Erwerb von Beteiligungsrechten durch Dritte ausdrücklich zu regeln. Dazu schlägt sie die Übernahme des Wortlautes von Artikel 6 Absatz 3 TUG vor. An dieser Stelle soll dann auch der Erlass der strategischen Ziele veran-kert werden, mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass der Bundesrat damit seine Ziele als Hauptaktionär transparent mache.

5.5 Artikel 10 Verwaltungsrat

Der Kanton **GR** fordert, dass die Personalvertretung im Verwaltungsrat gestrichen werde, da der Handlungsspielraum damit zu sehr eingeschränkt werde.